

München, 26.04.2021

## SPD-Anfrage: Nur 2,6 Prozent neue E-Autos im staatlichen Fuhrpark

### Landtagsvizepräsident Rinderspacher: Regierung verfehlt selbst gestecktes Ziel deutlich

Die bayerische Staatsregierung hat ihr erklärtes Ziel, bei Neuanschaffungen im staatlichen Fuhrpark den Anteil elektromobiler Fahrzeuge auf 20 Prozent zu erhöhen, auch 2020 deutlich verfehlt. Das offenbart eine parlamentarische **Anfrage** von Landtagsvizepräsident **Markus Rinderspacher**. Demnach hat der Freistaat letztes Jahr 2.292 neue Dienstfahrzeuge angeschafft, davon waren nur 60 mit Elektroantrieb. Damit kommt der Freistaat in 2020 auf eine Quote von lediglich 2,6 Prozent. Nur 193 Neufahrzeuge waren mit einem Hybrid-Antrieb ausgestattet (8,4 Prozent).

Rinderspacher fordert, „dass die Staatsregierung ihre eigenen Ziele endlich ernst nimmt und den Landtagsbeschluss vom März 2016 umsetzt.“ Das Parlament hatte vor mehr als fünf Jahren eine Beschaffungsinitiative für elektromobile Fahrzeuge anstelle von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor beschlossen, seitdem hat die Staatsregierung diese Ansprüche nie erfüllt.

„Die Elektromobilität wird von der Söder-Regierung stiefmütterlich behandelt. Der Fortschritt hin zu einer emissionsarmen Mobilität ist in Bayern jenseits der Sonntagsreden eine Schnecke. Es reicht nicht, vor Kameras Bäume zu umarmen“, stellt Rinderspacher fest. "Der Freistaat muss seine Vorbildfunktion bei der Elektromobilität endlich wahrnehmen, wenn er seine Leitindustrie im Strukturwandel aktiv unterstützen will. Dazu gehört ein modernes Beschaffungsmanagement, das auf umweltfreundliche Technologien setzt.“ Die Landtags-SPD fordert seit Jahren auch einen stärkeren Beitrag Bayerns zum Ausbau der Ladeinfrastruktur im Freistaat.

Die Anlage zur Anfrage finden Sie [hier](#).